Antrag: Übermittlung personenbezogener Daten an die ZSS (zentrale Speicherstelle)

Die Fraktion DIE LINKE. fordert, dass die Verwaltung alle Daten, die über die notwendige Funktionsfähigkeit einer Verwaltungsvereinfachung hinausgehen, nicht weitergibt.

Begründung:

Seit Anfang des Jahres werden die Daten aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer flächendeckend gespeichert. Auch Kreisverwaltungen sind Arbeitgeber und somit verpflichtet, regelmäßig die monatlichen Entgeltabrechnungen aller Beschäftigten an die ZSS (zentrale Speicherstelle) bei der deutschen Rentenversicherung in Würzburg zu senden.

Neben den abrechnungsrelevanten Daten (wie Name, Anschrift, Steuernummer, Sozialversicherungsabgaben etc) werden jedoch auch sehr persönliche Daten wie krankheitsbedingte und unentschuldigte Fehlzeiten sowie deren Gründe, Urlaub, rechtmäßige oder „unrechtmäßige“ Teilnahme an Streiks, Kündigungen von Seiten des Arbeitgebers oder -nehmers sowie deren Gründe von ELENA (elektronisches Meldesystem) erfasst.

Dies verstößt in eklatanter Weise gegen den Datenschutz und gegen die Grundrechte der Beschäftigten, zumal die Daten ohne Zustimmung der Betroffenen gespeichert werden. Brisant dabei ist, dass die Daten zentralisiert gespeichert werden und zukünftig als erforderliche Nachweise für die Entscheidung über Ansprüche auf Arbeitslosengeld, Rente, Elterngeld, Wohngeld oder andere staatliche Leistungen dienen sollen.

Daneben ist die Sicherheit der elektronischen Signatur zweifelhaft. Immer wieder belehren uns Hacker eines „Besseren“. So wurde erst vor kurzem der Code der elektronischen Personalausweise geknackt.

Auch wenn die Vorratsspeicherung (es werden Daten von 40 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie von Selbstständigen erfasst) mit Kostenersparnissen begründet wird, dürfen diese nicht über die Wahrung des Datenschutzes und die Persönlichkeitsrechte des Einzelnen gestellt werden.

gez.
Ilona Küchler
Fraktionsvorsitzende